

Gilt nur noch für wenige Firmen

EU einig: Lieferkettengesetz wird entschärft

09.12.2025, 02:45 Uhr



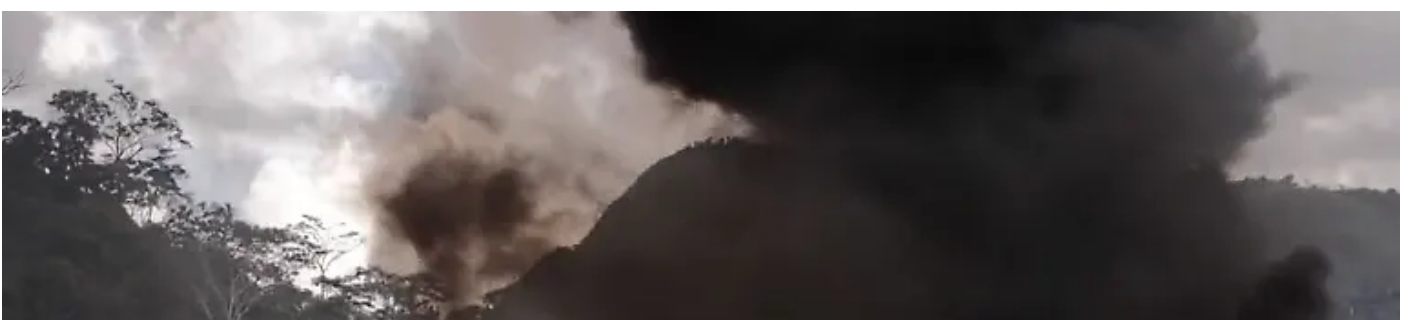
Containerschiffe werden am Hamburger Hafen entladen. (Foto: picture alliance/dpa)

[Facebook](#) [X](#) [WhatsApp](#) [E-Mail](#) [Link kopieren](#) [Artikel drucken](#) [Teilen](#) Folgen auf: [WhatsApp](#) [Google](#)

Das Lieferkettengesetz soll Menschenrechte weltweit stärken. Große Unternehmen sollen zur Rechenschaft gezogen werden können, wenn sie von Menschenrechtsverletzungen wie Kinder- oder Zwangsarbeit profitieren. Nun können sich die Kritiker des Gesetzes durchsetzen.

Die EU will das europäische Lieferkettengesetz zum Schutz von Menschenrechten abschwächen, noch bevor es angewendet wird. Unterhändler der EU-Staaten und des Europaparlaments einigten sich in Brüssel darauf, dass die Vorgaben nur noch für wenige große Unternehmen gelten sollen, wie beide Seiten mitteilten. Das Parlament und die EU-Mitgliedsländer müssen die Änderung noch genehmigen, normalerweise ist das aber reine Formsache.

Die Vorgaben sollen künftig nur noch für Großunternehmen mit mehr als 5000 Mitarbeitenden und einem Jahresumsatz von mindestens 1,5 Milliarden Euro gelten. Ursprünglich waren als Grenze 1000 Mitarbeitende und eine Umsatzschwelle von 450 Millionen Euro vorgesehen.





"Klima Update" zum Edelmetall

Wie Goldabbau die grüne Lunge der Erde zerstört

Zudem sollen Firmen, die gegen die Regeln verstoßen, auf EU-Ebene keiner zivilrechtlichen Haftung mehr unterliegen - wodurch für Opfer von Menschenrechtsverstößen eine Klagemöglichkeit entfällt. Wenn sich Unternehmen nicht an die Vorgaben halten, soll eine Strafe von maximal drei Prozent ihres weltweiten Nettoumsatzes verhängt werden können. Zudem soll es nach Angaben aus dem Parlament und der EU-Staaten künftig keine Pflicht mehr geben, Handlungspläne für Klimaziele auszuarbeiten.

Merz für komplette Abschaffung

Dem jetzt erfolgten Schritt war ein heftiger politischer Schlagabtausch vorausgegangen. Die konservative Europaparlamentsfraktion um CDU und CSU hatte vor knapp einem Monat mit der Unterstützung rechter und rechtsextremer Parteien den Weg für eine Abschwächung des Regelwerks freigemacht. Zuvor hatten sich auch die EU-Staaten für weniger strenge Vorschriften ausgesprochen.

Bundeskanzler Friedrich Merz hatte bei seinem Antrittsbesuch in Brüssel sogar eine komplette Abschaffung der Richtlinie gefordert. Als ein erster Kompromiss zur Abschwächung des EU-Lieferkettengesetzes im Europaparlament scheiterte, nannte Merz dies "inakzeptabel" und forderte eine Korrektur.



Entwicklungsministerin bei COP30

"Geht nicht darum, die Länder auszubeuten"

Ziel des Lieferkettengesetzes ist es, Menschenrechte weltweit zu stärken. Große Unternehmen sollen zur Rechenschaft gezogen werden können, wenn sie von Menschenrechtsverletzungen wie Kinder- oder Zwangsarbeit profitieren. Das Vorhaben wurde von Firmen vehement kritisiert - sie kritisierten vor allem, die bürokratische Belastung sei unzumutbar, wenn entlang der teils komplexen Lieferketten potenzielle Regelverstöße überprüft werden müssten.

Brisante Mehrheitsbildung

Die rechte Mehrheit zugunsten der Abschwächung des Lieferkettengesetzes im Parlament wurde von Liberalen, Sozialdemokraten und Grünen heftig kritisiert. Die Entscheidung war brisant, da die konservative EVP, zu der auch CDU und CSU gehören, die Mehrheit abseits der üblichen Bündnisse gesucht und gefunden hatte.

Eigentlich arbeiten EVP, Sozialdemokraten (S&D) und Liberale in einer Art informeller Koalition zusammen. Sie haben eine knappe Mehrheit im Parlament. Das Lieferkettengesetz dürfte nun aber das erste große Gesetzesprojekt werden, das auch final mit einer klar rechten Mehrheit durchs Parlament geht. Welche Auswirkungen das auf die kommende Zusammenarbeit von EVP, S&D und Liberalen haben wird, ist noch unklar.



01:43 min

"Desaster für Menschenrechte"

NGOs entsetzt: EU-Parlament lockert Lieferkettengesetz

Kritik von SPD und Grünen

Der SPD-Europaabgeordnete Tiemo Wölken sprach von einem schwarzen Tag für Europa, da Menschenrechte und Klimaschutz offenkundig nur noch billige Verhandlungsmasse seien. "Ein Kompromiss mit den demokratischen Kräften des Parlaments wäre möglich gewesen, scheiterte aber an der Erpressungstaktik der Konservativen", so Wölken.

"Die Konservativen im Europaparlament und die EU-Mitgliedstaaten haben heute Nacht den letzten Nagel in den Sarg des EU-Lieferkettengesetzes geschlagen", kritisiert die Grünen-Abgeordnete Anna Cavazzini.

Quelle: ntv.de, gut/dpa

EU-Parlament

Lieferketten

EU

Friedrich Merz

DAS KÖNNTE SIE AUCH INTERESSIEREN

Anzeige



Med Direkt

Milben nisten sich unbemerkt in Ihrem Schlafzimmer ein, aber...

Anzeige

Sparen Lernen

Schwetzingen: Über 3 Mil. Deutsche sparen mit App aus "Di...

Anzeige

Wall Street Star

Diese Seltene-Erden-Aktie sichert sich legendäres Terrain

Apex Critical Metals (WKN: A40CCQ) nutzt den Boom kritischer Rohstoffe –...

Anzeige



günstig-heizen.de

Ab 1. Januar 2026: Mit einer Gasheizung wird heizen richtig...

Anzeige

femme-divine.de

Kein Scherz: Trend aus "Höhle der Löwen" besser als Botox? 1...

Anzeige

BMW

Original BMW Räder und Reifen erkennen Sie anhand der...

Anzeige

Solar für Hausbesitzer

Schwetzingen: Solarmarktführer sucht Hausbesitzer, die eine...

Anzeige

checkfox.de

Neues Gesetz: So kassiert der Staat bei Häusern ohne Solar ab...

Anzeige



femme-divine.de

Mundfalten: Besser als Hyaluron-Spritze (so nicht)